

Was passiert in Xinjiang?

Die Berichterstattung über die Unruhen im Westen Chinas steht in einer langen Reihe antikommunistischer Agitation

Von Domenico Losurdo

Wer erinnert sich nicht, was in den Jahren des kalten Krieges und vor allem in seiner Endphase geschah? Unermüdlich behandelte die westliche Presse das Thema der Flüchtlinge, die der kommunistischen Diktatur entflohen, um die Freiheit zu gewinnen. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde nach der Niederlage der US-amerikanischen Besatzungstruppen und dem Sturz der Marionettenregierung in Saigon das endlich wieder vereinigte Vietnam als ein riesiges Gefängnis beschrieben, aus dem das verzweifelte »boat people« mit allen möglichen Mitteln, zusammengepfercht und unter Lebensgefahr entflohen. Mit den entsprechenden Varianten wurde dieses Motiv für Kuba, die DDR und für alle anderen aus der »freien Welt« ausgestoßenen Länder wiederholt. Heute ist vor aller Augen, daß die Migrationswelle in Richtung Westen aus dem östlichen Teil Deutschlands, aus Polen, Rumänien, Albanien usw., trotz der endlich eroberten Freiheit weitergeht und sich sogar noch verstärkt. Allerdings werden diese Migranten nicht mehr als Freiheitskämpfer begrüßt. Sie werden oft als zumindest potenzielle Delinquenten zurückgewiesen. Die Modalitäten der großen Manipulation werden jetzt klar und offensichtlich: die Flucht aus dem Süden in den Norden der Erde, aus dem weniger entwickelten Gebiet (zu dem auch das »sozialistische Lager« gehörte) in das entwickeltere und reichere Gebiet; dieser ökonomische Prozeß ist von den Ideologen des kalten Krieges zu einem epischen politischen und moralischen Unternehmen verklärt worden, das ausschließlich von dem sublimen Wunsch geleitet war, das Gelobte Land bzw. die »freie Welt« zu erreichen.

Freiheitsfeindlich?

Eine ähnliche Manipulation spielt sich heute vor unseren Augen ab. Wie soll man die schweren Zwischenfälle erklären, die sich im März 2008 in Tibet ereignet haben und die sich jetzt, auf breiterer Ebene, in Xinjiang ausbreiten? Im Westen gibt es für die »große« »Informations«-presse, aber auch für die »kleine« »linke« Presse keine Zweifel: Alles erklärt sich mit der freiheitsfeindlichen Politik der Pekinger Regierung. Zu denken geben sollte allerdings, daß die Wut der Demonstranten, mehr als die staatlichen Institutionen, die Han und vor allem die Geschäfte der Han ins Visier nimmt. Und doch kann man in jedem Geschichtsbuch nachlesen, daß in Südostasien (in Ländern wie Indonesien, Thailand, Malaysia) die chinesische Minderheit, die oft auch dank ihrem historischen Unternehmergeist ein ökonomisches Gewicht hat, das ihre demographische Dimension weit überschreitet, wiederholt »zum Sündenbock und zum Opfer regelrechter Pogrome« wurde¹. Es stimmt, in Südostasien »wird der wirtschaftliche Erfolg der Hua qiao (der Überseechinesen) mit einer Mißgunst verfolgt, die regelmäßig auf antichinesische Gewaltausbrüche hinausläuft, die am Ende manchmal die diplomatische Beziehungen stören. Das war besonders der Fall bei Malaysia in den sechziger Jahren, bei Indonesien 1965, als die inneren Unruhen den Vorwand für das Massaker an mehreren hunderttausend Personen lieferten. 30 Jahre später lenkten die Tumulte, die den Sturz des Diktators Suharto begleiteten und die systematisch die chinesische Gemeinschaft heimsuchten, erneut die Aufmerksamkeit auf die Unsicherheit der Lage«². Es ist kein Zufall, daß die Chinesenphobie oft mit der Judenphobie verglichen worden ist.

Mit der außerordentlichen Entwicklung, die Tibet und Xinjiang erleben, erneuert sich auch in diesen Regionen die Tendenz zu Pogromen gegen die Han, die von den neuen ökonomischen Opportunitäten angezogen werden und sehen, daß ihre Anstrengungen von Erfolg gekrönt sind. Tibet und Xinjiang üben auf die Han die gleiche Anziehung aus, die Peking, Schanghai

und die modernsten Städte Chinas auf die westlichen Unternehmer und Techniker (oder Überseechinesen) ausüben, die oft eine relevante Rolle in Sektoren spielen, wo sie noch ihre höhere Spezialisierung geltend machen können. Keinen Sinn hat es, die schweren Zwischenfälle in Tibet und Xinjiang mit der Theorie von der Han-»Invasion« zu erklären, eine Theorie, die sicher für Südostasien nicht funktioniert. Im übrigen ist auch in Italien und im Westen der Kampf gegen die »Invasion« das Hauptargument der xenophoben Kreise.

Separatistische Agitation

Konzentrieren wir uns jetzt auf Xinjiang. Im Jahre 1999 ist die in dieser Region herrschende Situation vom italienischen General Fabio Mini in der Zeitschrift *Limes*. *Rivista italiana di geopolitica* folgendermaßen beschrieben worden: Eine außerordentliche Entwicklung sei im Gange, und die chinesische Zentralregierung »finanziert ohne sich um die Wiedererlangung der Investitionen zu sorgen, ungeheure Ausbauten der Infrastrukturen«. Wie es scheint, geht die ökonomische Entwicklung mit der Anerkennung der Autonomie einher: »Die lokale Polizei ist zum Großteil aus Uiguren zusammengesetzt.« Trotzdem gibt es eine separatistische Agitation, »die zum Teil von islamischen Extremisten, wie den afghanischen Taliban« finanziert werde. Es handle sich um eine Bewegung, die »sich mit der gewöhnlichen Kriminalität vermischt« und »Schandtaten« begehe. Die Attentate scheinen in erster Linie die »toleranten Uiguren oder »Kollaborateure«« bzw. die »Polizeireviere« ins Visier zu nehmen, die von Uiguren kontrolliert werden, wie wir gesehen haben. Jedenfalls – resümiert der General, der im übrigen seine Sympathien geopolitischer Art für den Separatismus nicht verheimlicht – »sollten die Einwohner Xinjians heute zu einer Volksbefragung über die Unabhängigkeit einberufen werden, würden sie wahrscheinlich in der Mehrheit dagegen stimmen« (*Limes* 1/1999).

Und heute? In der italienischen Tageszeitung *La Stampa* (8. Juli 2009) berichtet Francesco Sisci aus Peking: »Viele Han von Ürümqi beklagen sich über die Privilegien, die die Uiguren genießen. Denn diese haben, als muslimische nationale Minderheit, bei gleichem Lohnniveau, viel bessere Arbeits- und Lebensbedingungen als ihre Han-Kollegen. Im Büro hat ein Uigure die Genehmigung, die Arbeit mehrmals am Tag zu unterbrechen, um die fünf täglichen traditionellen muslimischen Gebete zu verrichten (...) Außerdem brauchen sie am Freitag, dem muslimischen Feiertag, nicht zu arbeiten. Theoretisch müßten sie am Sonntag nachholen. Aber am Sonntag sind die Büros verlassen (...) Ein weiteres schmerzliches Thema ist für die Han, die der harten Politik der Familienvereinheitlichung unterworfen sind, die das Einzelkind vorschreibt, die Tatsache, daß die Uiguren zwei oder drei Kinder haben dürfen. Als Muslime erhalten sie außerdem eine Extravergütung zusammen mit ihrem Gehalt, weil sie, wegen des Schweinefleischverbots, auf Lammfleisch ausweichen müssen, das teurer ist.«

Es macht also keinen Sinn, die Regierung in Peking anzuklagen – wie es die proimperialistische Propaganda tut – sie wolle die nationale und religiöse Identität der Uiguren auslöschen.

Zusammen mit der Gefahr, die Minderheiten darstellen, die zum einen in bestimmten Sektoren vom Fundamentalismus vergiftet sind und zum anderen vom Westen aufgehetzt werden, muß man natürlich auch die Gefahr des Chauvinismus der Han berücksichtigen, die sich auch in diesen Tagen verspüren läßt: Ein Problem, auf das die kommunistische Partei, von Mao Zedong bis Hu Jintao, immer aufmerksam gemacht hat. Aber die in der Linken, die dazu neigen, den Separatismus der Uiguren zu verklären, täten gut daran, das Interview zu lesen, das Rebiya Kadeer, die Führerin der uigurischen separatistischen Bewegung, ein paar Wochen vor den jüngsten Ereignissen gegeben hat. Aus ihrem US-amerikanischen Exil drückt sie sich im Gespräch mit einer italienischen Journalistin so aus: »Siehst du, du gestikulierst wie ich, du hast die gleiche weiße Haut wie ich: du bist Indoeuropäerin, möchtest du von einem Kommu-

nisten mit gelber Haut unterdrückt werden?« (La Stampa, 8. Mai 2009) Wie man sieht, ist das entscheidende Argument nicht die Verurteilung der »Invasion« der Han und nicht einmal der Antikommunismus. Vielmehr bringt die arische bzw. »indoeuropäische« Mythologie ihren ganzen Abscheu für die Barbaren mit der »gelben Haut« zum Ausdruck.

1 Jean-Vincent Brisset: *La Chine, une puissance encerclée?* Puf, Paris 2002, Seite 68

2 Jean-François Dufour: *Géopolitique de la Chine. Complexe, Bruxelles 1999, Seiten 106/107*

Übersetzung aus dem Italienischen: Erdmute Brielmayer

Der Italiener Domenico Losurdo ist Professor für Philosophie und lehrt an der Universität Urbino in Italien. Im Neue Impulse Verlag erschien im vergangenen Monat eine aktualisierte und erweiterte Neuauflage seines Buches »Flucht aus der Geschichte? Die russische und die chinesische Revolution heute«. Bezug: www.jungewelt.de/shop

junge Welt 13.07.2009